



N i e d e r s c h r i f t

über die 12. öffentliche Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit in der Wahlperiode 2019/2023 am 16.11.2021

Sitzungsraum: Bremerhaven, Fischbahnhof
Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 17:35 Uhr

Teilnehmer/innen:

Stellv. Ausschussvorsitzender

Herr Stadtrat Schomaker

Vertretung für Herrn Grantz

SPD

Frau Stadtverordnete Böttger-Türk

Herr Stadtverordneter Hoffmann

Frau Stadtverordnete Kirschstein-Klingner

Herr Stadtverordneter Kurutlu

CDU

Frau Stadtverordnete Dertwinkel

Frau Stadtverordnete Kargoscha

Frau Stadtverordnete Köhler-Treschok

Herr Stadtverordneter Raschen

DIE GRÜNEN PP

Herr Stadtverordneter Kaminiaz

Herr Stadtverordneter Labetzke

Herr Stadtverordneter Niedermeier

BIW

Herr Stadtverordneter Timke

DIE LINKE

Frau Stadtverordnete Schröder

FDP

Herr Stadtverordneter Freemann

AfD

Herr Stadtverordneter Jürgewitz

Schriftführung

Frau Mahlstedt

Frau Schnoor

Entschuldigt:

Frau Stadtverordnete Stephan-Titze

Herr Stadtverordneter Viebrok

Weitere Teilnehmer:

Direktor Ortspolizeibehörde:

Bürger- und Ordnungsamt:

Feuerwehr:

Schutzpolizei:

Schutzpolizei:

Kriminalpolizei:

Kriminalpolizei:

Polizeiführungsstab:

Polizeiführungsstab:

Polizeiführungsstab:

Feuerwehr:

Feuerwehr:

Feuerwehr:

Feuerwehr:

Feuerwehr:

Freiwillige Feuerwehr Lehe:

Rechnungsprüfungsamt:

Rechnungsprüfungsamt:

Personalrat Feuerwehr:

Personalrat OPB:

Gesamtpersonalrat:

Seniorenbeirat:

Radio Bremen:

Justiz und Verfassung Bremen:

Frau Kordel-Seger

Herr Schlothmann

Herr Stührenberg (DRK)

Herr Götze

Herr Herbrig

Herr Cordes

Herr Müller

Herr Tiedemann

Herr Seedorf

Herr Siebert

Herr von Oesen

Herr Goldstein

Herr Scheer

Herr Makel

Herr Albrecht

Frau Schwandt

Frau Sethmann

Herr Jongeling

Herr Hohheisel

Frau Pinter

Frau Reichert

Herr Dreimann

Herr Wall

Herr Kieck

Herr Stelljes

Herr Florenkowsky

Frau Dr. Reitemeier

Herr Schomaker eröffnet um 16:00 Uhr die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit. Er teilt mit, dass Frau Stephan-Titze und Herr Viebrok entschuldigt sind.

1. Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Einwohnerfragen vor.

2. Bereich Polizei und Feuerwehr

2.1. Genehmigung der Niederschrift der 11. öffentlichen Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit

I 53/2021

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit genehmigt mit einer Enthaltung die Niederschrift in der vorgelegten Fassung.

2.2. Sachstandsbericht gem. § 49 Abs. 2 GOSTVV

I 54/2021

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht in der vorgelegten Fassung zur Kenntnis.

2.3. Terminplanung für die Sitzungen des Ausschusses für öffentliche Sicherheit

I 49/2021

Herr Schomaker teilt mit, dass sich der Termin am 05.12.2022 noch ändern kann. Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt Kenntnis.

2.4. Verschiedenes

Es gibt keine Wortmeldungen.

3. Bereich Polizei

3.1. Sachstand "Haus des Jugendrechts" (Vortrag)

Frau Dr. Reitemeier trägt eine Präsentation zum Thema „Haus des Jugendrechts“ vor. Die Präsentation ist als Anlage beigefügt.

3.2. Bericht zu Gewalt gegen Polizeibeamte

I 55/2021

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt Kenntnis.

3.3. Bericht zur Einbruchskriminalität

I 52/2021

Herr Raschen fragt, ob Herr Götze zu den Zahlen noch etwas ausführen kann.

Herr Götze teilt mit, dass der Anteil des Wohnungseinbruchs gestiegen ist und mit den Zahlen des Septembers, die des gesamten Vorjahres erreicht wurden; mit einer Versuchsquote von 1/3 der bekanntgewordenen Straftaten. Es liegen keine beweiskräftigen oder erhärteten Erkenntnisse zu überregionalen Tätergruppierungen vor.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt Kenntnis.

3.4. Sachstandsbericht Neubau Polizeirevier Geestemünde

I 65/2021

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt vom Sachstandsbericht Kenntnis.

3.5. Bericht zu Datenschutzverstößen bei der Polizei

I 57/2021

Herr Labetzke lässt nachfragen, ob der Mehrbedarf anerkannt wurde.

Herr Götze teilt mit, dass die Mehrbedarfe hauptsächlich durch die Novellierung des neuen Bremischen Polizeigesetzes entstanden sind. In einer Arbeitsgruppe auf Landesebene, unter Beteiligung des Senators für Inneres, der Polizei Bremen und der Ortspolizeibehörde Bremerhaven wurde eine Prognose erstellt. Für die Ortspolizeibehörde Bremerhaven wurden für den Personalbedarf ein Mindestbedarf von 16 Stellen errechnet. Diese Mehrbedarfe sind beim Senator für Inneres in Bremen anerkannt worden. In den Finanzverhandlungen sind jedoch nur knapp 8 Stellen anerkannt worden. Die Mittel werden allerdings erst im Haushaltsjahr 2023 zur Verfügung stehen. Bis dahin bestehen keine Möglichkeiten entsprechendes Personal auf Basis der anzusetzenden Personalkosten zu rekrutieren.

Herr Kaminiaz fragt nach, wieviel Mitarbeiter in der Taskforce beschäftigt sind und welche zeitlichen Umsetzungsschritte geplant sind.

Herr Götze teilt mit, dass dieses Lage- bzw. Datenabhängig ist. In der Task Force wurden bzw. werden 5 Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen eingesetzt. Die Umsetzung erfolgt nach Vorgaben des Senators für Innere; die entsprechenden Konzepte sind bis zum Ende des ersten Quartals 2022 abzuliefern.

Herr Freemann bittet um Erläuterung, welche Konfliktauswirkungen sich auf die Arbeit durch die Nichtbesetzung der 16 Stellen ergeben.

Herr Götze weist auf Mehrbelastung im Bereich der Sachbearbeitung, insbesondere im Bereich der Zentral-Organisationseinheit im Führungsstab, aber auch auf die Sachbearbeitung im Einsatzdienst und Ermittlungsdienst hin. Andere Tätigkeiten werden priorisiert zurückgestellt.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt Kenntnis.

3.6. Hebungen bei der Ortpolizeibehörde

I 64/2021 - 1

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit empfiehlt dem Personal- und Organisationsausschuss die Anhebung von 16 Stellen von Besoldungsgruppe A 9 BremBesO nach A 10 BremBesO sowie die Anhebung einer Stelle von Besoldungsgruppe A 15 BremBesO nach Besoldungsgruppe A 16 BremBesO im Bereich der Ortpolizeibehörde zum 01.01.2022 zu beschließen.

3.7. Bericht der Ortpolizeibehörde Bremerhaven zur sog. Raser- und Popperszene

I 63/2021

Herr Labetzke hat festgestellt, dass gerade in den Abendstunden in der Alten Bürger bis Ecke Lloydstraße diese Szene vermehrt auftaucht und bittet doch diesen Bereich mit in die Kontrolle aufzunehmen.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt Kenntnis.

3.8. Verschiedenes

Herr Niedermeier möchte sich über die Überstundensituation erkundigen. Er fragt nach, ob diese ausgezahlt werden.

Herr Götze teilt mit, dass aufgrund von Mittelzuweisungen aus Bremen ein großer Teil der Mehrdienste abgebaut wurde. Weiterer Mehrdienst ist zum Jahresabschluss zu erwarten.

Weiter teilt Herr Götze mit, dass ein Modernisierungsprozess bei der Ortpolizeibehörde eingeleitet werden soll. Eine Arbeitsgruppe hat entsprechende Vorarbeit geleistet. Es wird eine Lenkungsgruppe eingerichtet und in Teilprojekten der Fortschritt der Modernisierung bei der OPB umgesetzt. Es wird eine ausführliche interne Öffentlichkeitsarbeit geben. Ebenso soll der Veränderungsprozess im Ausschuss für öffentliche Sicherheit transparent gemacht werden und als Tagesordnungspunkt für die künftigen Ausschusssitzungen mit aufgenommen werden.

Herr Jürgewitz möchte wissen, wo sogenannte E-Roller fahren dürfen, da diese sowohl auf Gehwegen als auch auf Radwegen zu sehen sind.

Es wird vorgeschlagen, die Regelungen zu den E-Rollern dem Protokoll beizufügen.

Herr Labetzke fragt zum Punkt 4.5 (Mittelumwidmung) der letzten Sitzung nach, dass die Aussage dazu fehlt, warum die sechs Stellen plötzlich nicht mehr benötigt werden bzw. ob es den Bedarf nicht mehr gibt.

Herr Herbrig teilt mit, dass es weiterhin den Bedarf gibt, aber dass die benötigten Stellen in diesem Jahr nicht besetzt werden konnten.

4. Bereich Feuerwehr

4.1. Zwölftes Ortsgesetz zur Änderung der Kostenordnung für die Feuerwehr der Stadt Bremerhaven (Feuerwehrkostenordnung)

I 50/2021

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den anliegenden Entwurf zur Kenntnis.

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, den als Anlage 1 beigefügten Entwurf des Zwölften Ortsgesetzes zur Änderung der Kostenordnung für die Feuerwehr der Stadt Bremerhaven (Feuerwehrkostenordnung) als Ortsgesetz zu beschließen.

4.2. Ergebnisse der aktuellen gutachterlichen Datenauswertung zum Brandschutzbedarfsplan

I 58/2021

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

4.3. Sachstand Neubau Gerätehaus Freiwillige Feuerwehr Wulsdorf

I 59/2021

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

4.4. Sachstandsbericht Feuer- und Rettungswache Überseehafen

I 60/2021

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

4.5. Verschiedenes

Es gibt keine Wortmeldungen.

5. Anträge

5.1. Antrag der SPD-Fraktion, CDU-Fraktion und FDP-Fraktion zum Thema "Wichtige Maßnahmen für den Katastrophenschutz in der Seestadt Bremerhaven"

I 51/2021

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit fordert den Magistrat auf,

- Sensibilisierung der Dezernate, Verdeutlichung der Verantwortung, gemeinsamer Ausbildungstermin für Schulungen der Führungskräfte.
- Durch einen Magistratsbeschluss muss eine wiederholte Bestätigung der Dezernats-Verantwortlichkeiten für die jeweiligen Aufgaben, wie zum Beispiel Unterbringungen und Versorgung der evakuierten Bevölkerung, Einsatz von schweren Räumungsgeräten und ebenfalls für neue Aufgabenfelder in den Bereichen der IT und der kritischen Infrastruktur festgelegt und dringend evaluiert werden.
- Aufbau einer geeigneten Risiko- und Krisenkommunikation (social Media, Twitter...) sowie Schaffung von weiteren Personalressourcen im Katastrophenschutz.
- Finanzielle Ressourcenerweiterung im Katastrophenschutz ist zuständigkeitshalber vom Land Bremen sicherzustellen (Beispiele Warnung der Bevölkerung, Modernisierung Stabsräumlichkeiten, Sensibilisierung der Bevölkerung).
- Verantwortung des Landes für den Katastrophenschutz, insbesondere bei deren Finanzierung politisch herausstellen.
- Technische Bestände ermitteln - was, wieviel und wo?
- Aktuelle Zeitfenster überprüfen, anpassen und schnellere Umsetzung erreichen.
- In dieses Konzept sollen die Erfahrungen und Konzepte anderer Katastrophenschutzbehörden enthalten sein, wie auch die zu erwarteten Kosten.
- Beim Aufbau der weiteren Maßnahmen sind konsequent alle Förderprogramme des Bundes (BBK) sowie die finanziellen Unterstützungen des Landes Bremen zu fordern und zu berücksichtigen. Wir erwarten einen ersten Zwischenbericht in der 1. Sitzung des Ausschusses Öffentliche Sicherheit 2022.
- Überprüfung auf Verbesserungsbedarf für die vorhandene Katastrophenplanung durch die Initiierung einer Kommission „Katastrophenvorsorge Bremerhaven“ unter Führung der Feuerwehr Bremerhaven, bestehend aus Vertretern der erforderlichen Institutionen, wie zum Beispiel: Magistrat, Deichbeirat, THW und weiteren relevanten Kräften.
- Schaffung von lokalen Katastrophenschutzbedarfsplänen, analog der bekannten Brandschutzbedarfspläne für die Feuerwehr

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit stimmt dem Antrag einstimmig zu.

5.2. Antrag der SPD-Fraktion, CDU-Fraktion und FDP-Fraktion zum Thema "Höhere Einstiegsbesoldung für die Berufsfeuerwehr"

I 66/2021

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit stimmt dem Antrag einstimmig zu.

6. Katastrophenschutz

6.1. Warnmix-Architektur Bremerhaven - erste Ergebnisse der Machbarkeitsstudie (Vortrag)

Herr Makel begrüßt die Anwesenden und führt aus, dass bereits Anfang des Jahres eine Machbarkeitsstudie beauftragt wurde. Dieses wurde bereits in der letzten Sitzung aufgeführt. Er erklärt, dass seine heutige Präsentation zehn Bilder umfasst. Zehn Wege, über die informiert werden kann und die auch in Bremerhaven genutzt werden sollen. Er erläutert, dass es grundsätzlich immer um Warnen und Informieren geht. Die Problematik ist, dass, wenn eine Sirene heult, man nicht unbedingt weiß, warum. Deswegen ist Warnen als einzige Säule nie sinnvoll, es muss auch sinnvoll informiert werden. In Bremerhaven wird das Warnen hauptsächlich durch Sirenen realisiert. Die erste Sirene ist im Foyer ausgestellt, es ist eine 600-Watt-Sirene. Durch die enge Zusammenarbeit mit Seestadt Immobilien, dem Bauordnungsamt, dem Schulamt und dem Jugendamt konnte es geschafft werden, die sehr kurzfristig die vom Bund zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel von immerhin über 160.000 Euro auch umzusetzen. Die Auftragsvergabe wird derzeit vorbereitet. Es sind noch Fristen für Einsprüche und Nachbesserungen abzuwarten. Vierzehn Sirenen werden gebaut, eine noch dazu, die doppelt so stark ist, weil das Gebäude etwas höher ist. Die Detailkarte der Standorte ist der AÖS-Vorlage I 61/2021 zu entnehmen. Es gibt Bereiche, die noch nicht versorgt sind. Bis in diesen Bereichen weitere Sirenen gebaut werden können, werden dort noch Lücken bestehen bleiben. Aber auch dort, wo Lücken wegen anderer Problemsituationen bestehen bleiben, wird es ein sogenanntes Notläuten von den Kirchen geben. Beschränkt ist dieses Läuten auf die Nachtzeit. Die Zielsetzung dahinter ist, dass - wenn 15 Minuten alle Glocken der Kirchtürme läuten - die Bevölkerung im besten Fall auf das Handy schaut, ob eine Warnmeldung eingegangen ist. Der dritte Aspekt im Bereich „Warnen“ sind mobile Warnsysteme. Es ist geplant dieses sehr kurzfristig umzusetzen, um auch diese Ressource zur Verfügung zu haben. Das vierte Warninstrument ist das Handy, 5. Radio, 6. Sirenen - die Sirene, die im Foyer ausgestellt ist, kann nicht nur den Warnton auslösen, sondern auch Sprachdurchsagen machen. Alle 15 Sirenen werden mit verschiedenen Warntexten in verschiedenen Sprachen hinterlegt. 7. Social media, 8. Presse, 9. Warnknoten: im Hafen, der eine Warnmeldung über eine App aufnimmt und dann z. B. über das Betriebsfunknetz an die dort tätigen Mitarbeiter weitergibt. Das betrifft aber auch digitale Stadtafeln, auch Verbrauchermärkte. Entsprechende Planungen dazu existieren. Der 10. Punkt ist der Stand der Forschung. Es gibt Ideen, Heimrauchmelder zu Hause zwangsauszulösen. Es gibt Ideen an E-Call angeschlossene Kfz zum Hupen zu bringen oder auf Navigationsgeräte Warntextmeldungen aufzuspielen.

Herr Raschen fragt, wie der Bevölkerung wieder beigebracht wird, was das Auslösen der Sirenen zu bedeuten hat.

Herr Makel erklärt, dass es verschiedene Ideen gibt, wie diese Problematik in der Bevölkerung präsent gemacht werden soll. Es gibt eine Resilienzoffensive, ein Arbeitspaket, in dem für das nächste Jahr zwei Kampagnen vorgesehen sind. Das betrifft die Warnung der Bevölkerung: was bedeutet welches Signal und worauf ist zu achten und dass die Warn-App heruntergeladen wird. Weiter gibt es den Kontakt zum Schulamt, im Rahmen der Brandschutzerziehung soll dieses Thema in den Schulen implementiert werden. Weiterhin wird es eine groß angelegte Pressearbeit geben.

Herr Hoffmann fragt, wie Bremen die Kommunikation für das stadtbremische Überseehafengebiet aufbaut. Nicht nur die gesicherte Finanzierung ist hier wichtig, sondern auch eine Zusammenarbeit.

Herr Makel führt aus, dass es im Bereich des Hafens für die Zusammenarbeit auf der operativen Ebene noch Verbesserungsbedarf gibt.

Herr Cordes ergänzt, dass das Land Bremen ein Landeskatastrophenschutzkonzept erarbeitet und Anfang nächsten Jahres vorstellt. Nach jetzigem Stand des Bremischen Hilfeleistungsgesetzes obliegt die Warnung im stadtbremischen Überseehafengebiet der Ortskatastrophenschutzbehörde Bremerhaven. Eine Verpflichtung des Landes bzw. der Stadt Bremen zum Aufbau eines Warn- und Informationssystems im stadtbremischen Überseehafengebiet lässt sich aus der aktuellen gesetzlichen Grundlage nicht ableiten. Ob und inwiefern im Rahmen der Aufstellung des Landeskatastrophenschutzkonzeptes zu den Zuständigkeiten und zur Finanzierung neue Regelungen aufgenommen, die letztlich auch im Hilfeleistungsgesetz berücksichtigt werden, ist nicht sicher. Da

die Grundlagen im Bremischen Hilfeleistungsgesetz verankert sind, wird es Aufgabe der Legislative sein, ggfs. notwendige Anpassungen zu fordern.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt Kenntnis.

6.2. Sachstandsbericht Umsetzung Sonderförderprogramm Sirenen

I 61/2021

Herr Freemann stellt fest, dass es auf der Karte mit der Versorgung noch weiße Flecken gibt. Das betrifft Speckenbüttel, den Bereich der Deponie und den Bereich Überseehafen. Er fragt, wie die weißen Flecken dort entfernt werden sollen, wer für das bremische Überseehafengebiet zuständig ist und wie die Finanzierung aussieht.

Herr Cordes antwortet, dass derzeit die Haushaltsmittel umgesetzt werden, die im Rahmen des Förderprogramms aus dem Zivilschutz über das Land zur Verfügung gestellt wurden. Das entspricht den 15 Sirenen. Bei der Umsetzung des Programms müssen die Sirenen unter den Rahmenbedingungen der Zeitknappheit erstmal auf öffentlichen Gebäuden errichtet werden. Private Gebäude zu nutzen, bedeutet besondere Probleme. Technisch gesehen gibt es die Alternative, die Sirenen auf Masten zu setzen. Allerdings kommt das im Bereich der weißen Flecken nicht zum Tragen, weil diese Sirenen in der Windlastzone, wie sie hier vorherrscht, auf Masten nicht zulässig sind. In den Bereichen der weißen Flecken wird das Problem vorerst kompensiert durch den Warnmittelmix, den Herr Makel eben vorgestellt hat.

Zur Fragestellung der Zuständigkeit für das stadtbremische Überseehafengebiet verweist Herr Cordes auf das Bremische Hilfeleistungsgesetz, hiernach ist die Stadt Bremerhaven als untere Katastrophenschutzbehörde für das Hafengebiet zuständig. Eine finanzielle Beteiligung Bremens ist hierfür weder gesetzlich noch vertraglich bisher vorgesehen.

Insgesamt wird 1/5 der vom Bund dem Land zur Verfügung gestellten Finanzmittel Bremerhavens für den Aufbau eines Sirenennetzes zur Verfügung gestellt. Zur Besonderheit der Finanzierung eines Sirenennetzes für das stadtbremische Überseehafengebiet finden aktuell Abstimmungsgespräche mit der Senatorin für Wissenschaft und Häfen und dem Senator für Inneres statt. Ggfs. besteht die Möglichkeit, über nicht abgerufene Mittel des Bundes eine Nachverdichtung der Sirenen aus Drittmitteln sicherzustellen.

Herr Freemann geht also davon aus, dass die Planungen für den Standort und die Art der Sirenen weiter fortgeführt werden, auch wenn man das Finanzierungsergebnis noch nicht weiß.

Herr Cordes antwortet, dass nicht nur die Planungen fortgeführt sind. Er erklärt weiter, dass in der aktuellen Ausschreibung bereits auch die Option zur Nachbeauftragung enthalten ist, sofern eine Finanzierungszusage dann vorliegt.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

Die notwendigen Haushaltsmittel sind im Rahmen des Haushalts 2022 zur Verfügung zu stellen.

6.3. Sachstandsbericht Handlungsfelder und Perspektiven im Katastrophenschutz

I 62/2021 - 1

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

Stellvertretender Ausschussvorsitzender

gez. Schomaker

Schomaker
Stadtrat

Schriftführerin Bereich Polizei

gez. Schnoor

Schnoor

Schriftführerin Bereich Feuerwehr

gez. Mahlstedt

Mahlstedt